

Dringliche Motion Erich J. Hess (SVP)/Henri-Charles Beuchat (CVP)/Tanja Sollberger (GLP)/Daniela Lutz-Beck (GFL)/Beat Zobrist (SP)/Aline Trede (GB): Installation von Brückennetzen gegen Suizide in der Stadt Bern

Leider gab es gerade in letzter Zeit vermehrt Suizide durch Sprünge von Berns Brücken. Bei vielen dieser Suizide handelt es sich nicht um lange zum Voraus geplante Handlungen, sondern oft um Kurzschlussreaktionen. Gerade Berns Brücken haben hier eine traurige Funktion. Um solche Suizide in Zukunft zu verhindern, müssen, wie bei der Münsterplattform, auch unter Berns Brücken Auffangnetze installiert werden, die installierten Hinweistafeln für Nothilfetelefone genügen nicht. Dies gewährleistet zudem einen Schutz für die Bevölkerung unterhalb Berns Brücken, denn es ist wichtig, dass die Schulkinder unterhalb der Brücken sowie unbeteiligte Passantinnen und Passanten nicht gefährdet werden.

Mit dieser Massnahme können lange im Voraus geplante Suizide nicht verhindert werden, jedoch ist die Hürde für einen „spontanen“ Suizid deutlich höher gesetzt. Allfälligen Argumenten der Denkmalpflege ist die weit wichtigere und prioritäre Aufgabe des Schutzes von Menschenleben gegenüber zu stellen.

Deshalb fordere ich mit meiner Motion den Gemeinderat auf:

1. Bis spätestens 30.6.2011 an der Kirchenfeldbrücke beidseitig auf der ganzen Länge Suizid-Auffang-Netze zu montieren
2. Bis spätestens 30.06.2011 an der Kornhausbrücke beidseitig auf der ganzen Länge Suizid-Auffang-Netze zu montieren
3. Bis spätestens 31.12.2011 an der Nydeggbücke auf der ganzen Länge Suizid-Auffang-Netze zu montieren
4. Bis spätestens 31.12.2011 an der Lorrainebrücke beidseitig auf der ganzen Länge Suizid-Auffang-Netze zu montieren
5. Bis spätestens 30.06.2012 an der Monbijoubrücke beidseitig auf der ganzen Länge Suizid-Auffang-Netze zu montieren.

Diese Motion ist keine Richtlinienmotion. Denn jedes einzelne Projekt überschreitet die Höhe der Gemeinderatskompetenz klar.

Begründung der Dringlichkeit:

Jeder Tag, den wir bis zum Bau dieser Netze verlieren, kann weitere unnötige Todesfälle zur Folge haben.

Bern, 18. Juni 2009

Dringliche Motion Erich J. Hess (SVP)/Henri-Charles Beuchat (CVP)/Tanja Sollberger (GLP)/Daniela Lutz-Beck (GFL)/Beat Zobrist (SP)/Aline Trede (GB): Edith Leibundgut, Martin Schneider, Peter Bühler, Kurt Hirsbrunner, Markus Wyss, Claudia Meier, Béatrice Wertli, Michael Köppli, Hans Peter Aeberhard, Christoph Zimmerli, Urs Frieden, Rolf Zbinden, Daniela Schäfer, Ruedi Keller, Beat Gubser, Beat Zobrist, Susanne Elsener, Aline Trede, Martin Trachsel, Tania Espinoza, Nadja Omar, Patrizia Mordini, Hasim Sönmez, Miriam Schwarz,

Thomas Begert, Rithy Chheng, Nicola von Greyerz, Erik Mozsa, Daniel Klauser, Barbara Streit-Stettler, Peter Künzler, Jimmy Hofer, Gisela Vollmer, Jan Flückiger

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

An seiner Sitzung vom 25. Juni 2009 hat der Stadtrat das Postulat Fraktion GFL/EVP (Daniela Lutz-Beck, GFL): Brückensuizide – Bern ein trauriger Rekordhalter erheblich erklärt. Damit wurde der Gemeinderat beauftragt, unter Einbezug der städtischen Denkmalpflege Massnahmen zur Reduktion der „Brückensuizide“ zu prüfen und dem Stadtrat die entsprechenden Planungs- und Baukosten zur Prüfung vorzulegen.

Die vorliegende Motion geht in eine ähnliche Richtung. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen, er wird aber im Sinne des Postulats Fraktion GFL/EVP neben Auffangnetzen auch andere Massnahmen der Brückensicherung - wie zum Beispiel Geländer-Erhöhungen - prüfen. Bei der Umsetzung von baulichen Massnahmen ist zudem zu berücksichtigen, dass dafür Kreditbeschlüsse der zuständigen Organe und Baubewilligungen erforderlich sein werden. Der Zeitpunkt einer Realisierung kann daher nicht definitiv festgelegt werden.

Auswirkungen auf das Personal und die Finanzen

Diese können zum heutigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden, die Ausführungskosten werden aber sicher in der Kompetenz des Stadtrats liegen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 14. Oktober 2009

Der Gemeinderat